

GAV

Gesamtarbeitsvertrag

für das

Autogewerbe Ostschweiz

der Kantone St.Gallen,
beider Appenzell
und Thurgau

gültig ab 1. Januar 2012

 **AGVS | UPSA**
Auto Gewerbe Verband Schweiz
Union professionnelle suisse de l'automobile
Unione professionale svizzera dell'automobile
Sektion St. Gallen-Appenzell und
Fürstentum Liechtenstein

 **AGVS | UPSA**
Auto Gewerbe Verband Schweiz
SEKTION THURGAU



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**



AGVS Sektion St.Gallen – Appenzell und Fürstentum Lichtenstein
Oberer Graben 12, 9001 St.Gallen

AGVS Sektion Thurgau
Thomas Bornhauserstrasse 14, 8570 Weinfelden

Unia Region Ostschweiz-Graubünden
Lämmlibrunnenstrasse 41, Postfach, 9004 St.Gallen

Syna Region St.Gallen
Kornhausstrasse 3, Postfach 1946, 9001 St.Gallen

Gesamtarbeitsvertrag
für das
Autogewerbe Ostschweiz

**der Kantone St.Gallen,
beider Appenzell
und Thurgau**

vom 18. Oktober 2011

gültig ab 1. Januar 2012

Inhaltsverzeichnis

Teil A	Schuldrechtliche Bestimmungen	7
Art. 1	Vertragsparteien	7
Art. 2	Vertragszweck	7
Art. 3	Geltungsbereich	7
Art. 4	Friedenspflicht	8
Art. 5	Koalitionsfreiheit	8
Art. 6	Datenschutz	8
Art. 7	Meinungsverschiedenheiten/Schlichtungsverfahren	9
Art. 8	Paritätische Berufskommission (PBK)	9
Art. 9	Paritätische Landeskommision (PLK)	10
Art. 10	Schiedsgericht	10
Art. 11	Berufs- und Vollzugskostenbeitrag	11
Art. 12	Anschlussverträge	11
Art. 13	Allgemeinverbindlichkeit des GAV	12
Art. 14	Massnahmen bei wirtschaftlichen Veränderungen	12
Art. 15	Vertragsdauer, Vertragsänderungen	12
Teil B	Normative Bestimmungen	13
Art. 16	Arbeitszeit	13
Art. 17	Überzeit, Überstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit	13
Art. 18	Pikettdienst	14
Art. 19	Ferien	15
Art. 20	Anrechnung der Dienstjahre	15
Art. 21	Feiertage	16
Art. 22	Lohnzahlung	16
Art. 23	Minimallöhne	17
Art. 24	Lohnanpassungen	17
Art. 25	13. Monatslohn	17
Art. 26	Absenzenentschädigung	17
Art. 27	Ausübung öffentlicher Ämter	18
Art. 28	Bildungsurlaub	18
Art. 29	Lohnfortzahlung bei Krankheit	18
Art. 30	Lohnfortzahlung bei Unfall	19
Art. 31	Lohnfortzahlung bei Militär-, Schutz- oder Schweiz. Zivil- oder Frauendienst	20
Art. 32	Lohnfortzahlung bei Todesfall	20
Art. 33	Kinder- und Ausbildungszulagen	20
Art. 34	Überkleiderentschädigung	20
Art. 35	Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmende	21
Art. 36	Mutterschaft	21
Art. 37	Schwarzarbeit	22

Art. 38	Probezeit.....	22
Art. 39	Kündigung des Arbeitsverhältnisses.....	22
Art. 40	Fristlose Auflösung des Arbeitsverhältnisses	23
Art. 41	Nichtantreten der Arbeitsstelle (Art. 337d OR)	24
Art. 42	Pensionskasse Autogewerbe	24
Art. 43	Übergangsbestimmungen	24
Art. 44	Vertragsgrundlage.....	25
Art. 45	Aushändigung des GAV	25
Reglement der Paritätischen Berufskommission (Anhang 1)		27
Art. 1	Funktionsfähigkeit der Kommission	27
Art. 2	Aufgaben der PBK	27
Art. 3	Anforderungen an die Mitglieder	27
Art. 4	Erweiterung der PBK.....	27
Art. 5	Struktur der Kommission	27
Art. 6	Einberufung und Beschlussfähigkeit.....	28
Art. 7	Finanzielle Aufwendungen der PBK	28
Art. 8	Auftrag der PBK	28
Art. 9	Beziehung der PBK zu anderen Organen.....	28
Art. 10	Vertragsverletzungen	29
Art. 11	Ahndung von Vertragsverletzungen	29
Art. 12	Anrufung des Schiedsgerichtes.....	29
Art. 13	Anspruch auf verfügte Nachzahlungen.....	29
Art. 14	Auflösung.....	30
Reglement betreffend Berufs- und Vollzugskostenbeiträge (Anhang 2).....		31
Art. 1	Beitragshöhe.....	31
Art. 2	Beiträge der Arbeitnehmenden.....	31
Art. 3	Beiträge der Arbeitgeber	31
Art. 4	Beitragsquittungen	31
Art. 5	Beitrags-Rückerstattung.....	31
Art. 6	Durchführungsorgane.....	32
Art. 7	Durchsetzungs-Bemühungen.....	32
Anschlussvertrag für Nichtverbandsfirmen (Anhang 3).....		33
Anschlussklärung für den/die Arbeitnehmende(n) (Anhang 4)		34
Vereinbarung betreffend Mindestlöhne (Anhang 5)		35
Art. 1	Mindestlöhne.....	35
Art. 2	Inkrafttreten.....	35

Anhänge

Anhang 1

Reglement der Paritätischen Berufskommission (PBK)

Anhang 2

Reglement betreffend Berufs- und Vollzugskostenbeiträge

Anhang 3

Anschlussvertrag für Nichtverbandsfirmen

Anhang 4

Anschlussklärung für den/die Arbeitnehmende/in

Anhang 5

Vereinbarung betreffend Mindestlöhne

Teil A Schuldrechtliche Bestimmungen

Art. 1 Vertragsparteien

Der vorliegende Gesamtarbeitsvertrag (nachstehend GAV genannt) ist abgeschlossen zwischen

- den Autogewerbe-Verbänden der Schweiz (AGVS), Sektionen St.Gallen, beider Appenzell und Thurgau als Arbeitgeberverbände einerseits und
- der Gewerkschaft Unia sowie der Gewerkschaft SYNA als Vertreter der Arbeitnehmenden andererseits.

Art. 2 Vertragszweck

Die in Art. 1 genannten Parteien wollen insbesondere:

- a. fortschrittliche Arbeitsverhältnisse festigen und den Berufsstand heben;
- b. den GAV gemäss Art. 357 Abs. b OR gemeinsam durchführen;
- c. die Zusammenarbeit der vertragsunterstellten Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmende, fördern und vertiefen;
- d. Meinungsdivergenzen im Sinne dieses GAV beilegen;
- e. sich für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz einsetzen;
- f. Schwarzarbeit bzw. Schattenarbeit verhindern;
- g. den absoluten Arbeitsfrieden einhalten;
- h. die Aus- und Weiterbildung fördern und gestalten.

Art. 3 Geltungsbereich

3.1 Räumlicher Geltungsbereich

Dieser GAV gilt für das ganze Gebiet der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St.Gallen und Thurgau.

3.2 Betrieblicher Geltungsbereich

- 1 Dieser GAV gilt für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmenden, welche:
 - a. gewerblichen Handel betreiben mit: Fahrzeugen mit mindestens 3 Rädern, oder mit deren Ersatzteilen oder Zubehör;
 - b. Fahrzeuge mit mindestens 3 Rädern unterhalten und bzw. oder reparieren;
 - c. Elektro- und bzw. oder Elektronikarbeiten im Fahrzeugbereich ausüben;
 - d. eine Tankstelle betreiben;
 - e. eine Fahrzeugwaschanlage betreiben.
 - 2 Arbeitgeber, welche die unter Abs. 1 dieses Artikels genannten Tätigkeiten ausschliesslich für den eigenen Bedarf verrichten, sind vom betrieblichen Geltungsbereich ausgeschlossen.
 - 3 Gelten in einem unterstellten Betrieb mehrere Gesamtarbeitsverträge, so kann sich die Firma nach Rücksprache mit den Arbeitnehmenden und der zuständigen Paritätischen Berufskommission (nachstehend PBK genannt) bzw. den GAV-Instanzen der anderen Gesamtarbeitsverträge auf einen GAV verpflichten, wobei in der Regel auf die Branchenzuteilung der SUVA abzustellen ist.
-

3.3 Persönlicher Geltungsbereich

Dieser GAV gilt – ungeachtet ihrer Arbeit, des Geschlechts und der Art der Entlohnung – für alle gelernten und ungelernten Arbeitnehmenden, die gemäss Ziff. 3.1 und 3.2 dem GAV unterstellt sind und nicht ausdrücklich unter Beachtung von Ziff. 3.4 von der GAV-Unterstellung ausgenommen werden.

3.4 Nicht unterstellte Arbeitnehmende

Dem GAV nicht unterstellt sind mit Ausnahme der Mitglieder der Gewerkschaften Unia und SYNA:

- a. Familienangehörige des Arbeitgebers gemäss Art. 4 Abs. 1 Arbeitsgesetz (ArG, SR 822.11);
- b. Lernende im Sinne des Berufsbildungsgesetzes dürfen – mit Ausnahme allfällig anders lautender Bestimmungen im Lehrvertrag – nicht schlechter gestellt werden, als die dem GAV unterstellten Arbeitnehmenden;
- c. Betriebs- und Werkstattleiter, denen der ganze Betrieb oder wesentliche Abteilungen unterstellt sind, das Administrativpersonal sowie Verkäufer (Autoverkäufer, Ersatzteilverkäufer usw.).

Art. 4 Friedenspflicht

Mit dem Abschluss dieses GAV verpflichten sich die Vertragsparteien zur:

- a. Einhaltung dieses GAV;
- b. Wahrung des absoluten Arbeitsfriedens. Infolgedessen ist während der Dauer des GAV jede arbeitsstörende Beeinflussung wie Streik, Streikdrohung, Aufforderung zu Streiks und jeder passive Widerstand sowie jede Massregelung oder weitere Kampfmassnahmen wie Sperre oder Aussperrung untersagt.

Art. 5 Koalitionsfreiheit

Die Vertragsparteien respektieren die Koalitionsfreiheit (Freiheit der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem der vertragschliessenden Verbände). Durch den Vollzug dieses GAV darf die Koalitionsfreiheit nicht verletzt werden.

Art. 6 Datenschutz

Die Arbeitgeber verpflichten sich:

- a. die Bearbeitung mitarbeiterbezogener Daten auf das betrieblich Notwendige zu beschränken;
 - b. den Zugang zu mitarbeiterbezogenen Daten auf jene Arbeitnehmenden zu beschränken, die aufgrund ihrer Funktion Einsicht in diese Daten haben müssen;
 - c. jedem Arbeitnehmenden auf Verlangen Einsicht in die ihn betreffenden Daten zu gewähren;
 - d. fehlerhafte, mitarbeiterbezogene Daten zu berichtigen.
-

Art. 7 Meinungsverschiedenheiten/Schlichtungsverfahren

- 1 Wenn sich zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich der Auslegung und Anwendung dieses GAV irgendwelche Streitigkeiten ergeben, so ist der Streitfall zur vergleichsweisen Erledigung der PBK gemäss Art. 8 dieses GAV zu unterbreiten.
- 2 Kann keine gütliche Einigung erreicht werden, so kann die Paritätische Landeskommission (nachstehend PLK genannt) gemäss Art. 9 dieses GAV angerufen werden.
- 3 Führt die Schlichtungsverhandlung der Paritätischen Landeskommission (PLK) zu keiner Einigung, so kann innert 30 Tagen seit Scheitern einer Einigung oder Ablehnung eines Vergleichsvorschlages durch eine der Parteien das Schiedsgericht gemäss Art. 10 dieses GAV angerufen werden. Der Entscheid des Schiedsgerichts ist endgültig, vorbehältlich der Nichtigkeitsbeschwerde.

Art. 8 Paritätische Berufskommission (PBK)

- 1 Zur Durchführung dieses GAV wird von den Vertragsparteien eine PBK für das Autogewerbe in den Kantonen Appenzell A. Rh., Appenzell I. Rh., St.Gallen und Thurgau in der Rechtsform eines Vereins im Sinne von Art. 60 ff. ZGB sowie Art. 357 b Abs. 3 OR mit Sitz in Weinfelden bestellt.
 - 2 Die PBK setzt sich aus je 4 Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertragsparteien zusammen.
 - 3 Die detaillierten Bestimmungen über Organisation und Administration der PBK sind in einem besonderen Reglement (Anhang 1) geregelt.
 - 4 Die PBK befasst sich insbesondere mit:
 - a. der Durchführung und dem Vollzug dieses GAV;
 - b. der Überwachung, der Einhaltung und Durchsetzung der Bestimmungen sowie Beurteilung und Ahndung von Verstössen gegen den GAV;
 - c. dem Erlass sämtlicher für den Vollzug dieses GAV notwendigen Massnahmen;
 - d. der Förderung der Zusammenarbeit der Vertragsparteien;
 - e. der Förderung der beruflichen Weiterbildung;
 - f. der Rechnungsstellung, d.h. dem Einzug, der Verwaltung, der Mahnung und der Betreibung der Berufs- und Vollzugskostenbeiträge gem. Art. 11 GAV;
 - g. der Wahl der Inkassostelle für die Berufs- und Vollzugskostenbeiträge;
 - h. der Beurteilung und dem Entscheid (unter Vorbehalt der Art. 9 und 10) über Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien betreffend Anwendung und Auslegung von Bestimmungen dieses GAV;
 - i. dem Aussprechen und Inkasso von Kontrollkosten, Nachforderungen und Konventionalstrafen bei Verletzungen des GAV;
 - k. der Beurteilung bzw. dem Entscheid über die GAV-Unterstellung eines Arbeitgebers bzw. Arbeitnehmenden;
 - l. der Aushandlung der Lohn- und GAV-Bestimmungen;
-

- m. der Aussöhnung von Streitigkeiten aus Einzelarbeitsverträgen. Gesuche um Aussöhnung sind schriftlich und begründet dem Präsidenten bzw. dem Sekretariat der PBK einzureichen. Die PBK hat sich innert 30 Tagen seit Eingang eines schriftlichen Begehrens mit der Angelegenheit zu befassen. Der Weiterzug an kantonale Instanzen nach Massgabe der anwendbaren Verfahrensbestimmungen bleibt vorbehalten. Empfehlungen oder Entscheide der PBK über Differenzen aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis, in denen einzelne Arbeitgeber oder Arbeitnehmende Partei sind, können nicht an die Paritätische Landeskommission (PLK) für das Autogewerbe weiter gezogen werden.
- 5 Der PBK steht das Recht zu, Kontrollen bei den diesem GAV unterstellten Betrieben über die Einhaltung des GAV durchzuführen oder durch Dritte durchführen zu lassen.
- 6 Ergeben die Kontrollen Abweichungen vom GAV und resultieren daraus Nachforderungen von über 3% der AHV-Lohnsumme des GAV-unterstellten Personals, so werden die Kontrollkosten dem fehlbaren Betrieb vollumfänglich auferlegt. Liegen die Abweichungen unter 3% der AHV-Lohnsumme, so werden die Kontrollkosten dem fehlbaren Betrieb im Verhältnis zum fehlbaren Betrag auferlegt.
- 7 Die PBK ist berechtigt, Kontrollkosten, Nachforderungen und Konventionalstrafen bei Verletzungen des GAV geltend zu machen.
- 8 Nachzahlungen, Konventionalstrafen sowie auferlegte Verfahrenskosten sind innert 30 Tagen seit schriftlicher Eröffnung des Entscheides auf das Konto der PBK zu leisten.
- 9 Den vertragschliessenden Verbänden steht im Sinne von Art. 357 Abs. b OR ein gemeinsamer Anspruch auf Einhaltung des GAV gegenüber den Arbeitgebern und den Arbeitnehmenden zu.

Art. 9 Paritätische Landeskommission (PLK)

- 1 Die Vertragsparteien der Landesvereinbarung (nachstehend LV genannt) für das Schweizerische Autogewerbe haben eine PLK gegründet.
- 2 Die PLK ist gestützt auf die LV für folgende Fragen zuständig:
 - a. Förderung der Zusammenarbeit der kantonalen Sektionen und Regionen arbeitgeber- und arbeitnehmerseits;
 - b. Schlichtung und Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien des GAV vor Anrufung des Schiedsgerichtes (Art. 10);
 - c. Förderung des absoluten Arbeitsfriedens.

Art. 10 Schiedsgericht

- 1 Können Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien unter Beobachtung von Art. 7 GAV nicht beigelegt werden, kann das Schiedsgericht angerufen werden.
 - 2 Das Schiedsgericht entscheidet unter Beachtung der Art. 10 und 11 der LV.
 - 3 Der Entscheid des Schiedsgerichtes ist endgültig, vorbehaltlich der Nichtigkeitsbeschwerde.
-

Art. 11 Berufs- und Vollzugskostenbeitrag

- 1 Die Arbeitgeber und die Arbeitnehmenden bezahlen einen Berufs- und Vollzugskostenbeitrag:
 - a. Beiträge der Arbeitnehmenden
Alle Arbeitnehmenden entrichten einen Berufs- und Vollzugskostenbeitrag gem. Anhang 2. Der Abzug erfolgt monatlich direkt vom Lohn der Arbeitnehmenden und ist in der Lohnabrechnung sichtbar aufzuführen;
 - b. Beiträge der Arbeitgeber
Alle Arbeitgeber entrichten für die Arbeitnehmenden ihrerseits einen Berufs- und Vollzugskostenbeitrag gem. Anhang 2. Dieser Beitrag sowie die von den Arbeitnehmenden bezahlten Beiträge sind periodisch gemäss Weisungen der Geschäftsstelle an die PBK zu überweisen.
- 2 Für Mitglieder der vertragschliessenden Verbände sind die Beiträge im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Aus technischen Vollzugsgründen werden sie allen Arbeitnehmenden vom Lohn abgezogen und vom zuständigen Verband auf Vorweisen einer vom Arbeitgeber erstellten Bestätigung bzw. Quittung zurückerstattet. Es ist immer der gesamte Monat geschuldet.
- 3 Die PBK erlässt ein Reglement betreffend Berufs- und Vollzugskostenbeiträge (Anhang 2).
- 4 Die PBK kann diese Beiträge im Einvernehmen mit den Vertragsparteien unter Berücksichtigung der finanziellen Situation während der Vertragsdauer ändern.
- 5 Der Berufs- und Vollzugskostenbeitrag wird insbesondere erhoben zur:
 - a. Förderung der beruflichen Weiterbildung;
 - b. Förderung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz;
 - c. Deckung der Kosten für den Vollzug des GAV.
- 6 Ein allfälliger Überschuss dieser Beiträge darf, auch nach Ablauf der Allgemeinverbindlichkeit dieses GAV, ausschliesslich für die Aus- und Weiterbildungsinstitutionen der vertragschliessenden Parteien sowie für soziale Zwecke verwendet werden.
- 7 Die Arbeitgeber bestätigen den Arbeitnehmenden schriftlich die Höhe bzw. das Total der abgezogenen Berufs- und Vollzugskostenbeiträge.

Art. 12 Anschlussverträge

- 1 Mit dem Einverständnis aller Vertragspartner kann die PBK mit anderen für das Autogewerbe repräsentativen Arbeitgeber- und Arbeitnehmenden-Organisationen Anschlussverträge abschliessen. Solchen Organisationen kann unter Beobachtung der Parität eine angemessene Vertretung in der PBK eingeräumt werden.
 - 2 Einzelne Arbeitgeber sowie einzelne, im Dienst beteiligter Arbeitgeber stehende Arbeitnehmende, können sich als Nebenkontrahenten in Form eines Anschlussvertrages diesem GAV unterstellen. Die Anschlussverträge bedürfen der Zustimmung der kantonalen Vertragsparteien.
-

- 3 Mit dem Anschlussvertrag erklären sich die Nichtverbandsfirmen respektive die Arbeitnehmenden bereit, nebst der Einhaltung des GAV, der Anhänge und allfälliger Nachträge die Kautionen gemäss Beschluss der PBK zu entrichten.
- 4 Die Anschlussmodalitäten richten sich nach den Anhängen 3 und 4 dieses GAV.

Art. 13 Allgemeinverbindlichkeit des GAV

Die Vertragsparteien setzen sich unverzüglich mit Nachdruck bei den zuständigen Behörden dafür ein, den GAV ganz oder teilweise gemäss dem Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung (nachstehend AVE genannt) von Gesamtarbeitsverträgen (SR 221.215.311) allgemeinverbindlich erklären zu lassen.

Art. 14 Massnahmen bei wirtschaftlichen Veränderungen

Sollten sich in einem Betrieb oder in der Autobranche infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten kollektive Massnahmen aufdrängen, so sind die Vertragspartner so früh als möglich zu informieren. Sie besprechen die Situation, um allfällige Härtefälle zu verhindern oder zu mildern und bei Entlassungen einen Sozialplan auszuarbeiten. Die Bestimmungen des OR über Massenentlassungen (Art. 335 d ff.) sind entsprechend anwendbar.

Art. 15 Vertragsdauer, Vertragsänderungen

- 1 Dieser GAV tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. Er ersetzt den GAV vom 1. Oktober 2004 und ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.
 - 2 Der GAV kann von jeder Vertragspartei mit eingeschriebenem Brief und unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten jeweils auf den 31. Dezember gekündigt werden.
 - 3 Änderungen der Vertragsbestimmungen während der Geltungsdauer dieses GAV und die Aufnahme weiterer Bestimmungen bedürfen der Schriftform. Sie sind im Einverständnis der Vertragsparteien jederzeit möglich und sind bei erfolgter Bekanntgabe auch für alle vertragsunterstellten Arbeitnehmenden verbindlich. Sämtliche Zusatzvereinbarungen zwischen den Vertragsparteien bilden einen integrierenden Bestandteil dieses GAV und haben für alle Vertragsparteien volle Gültigkeit.
-

Teil B Normative Bestimmungen

1. Arbeitszeitliche Bestimmungen

Art. 16 Arbeitszeit

- 1 Die massgebliche Jahresarbeitszeit beträgt 2184 Stunden (die durchschnittliche wöchentliche Normalarbeitszeit beträgt 42 Stunden). Für die Berechnung der Lohnersatzleistungen, wie Krankheit, Unfall, Ferien, Feiertage usw., wird eine durchschnittliche tägliche Arbeitszeit von 8,4 Stunden angenommen.
- 2 Pausen gelten nicht als Arbeitszeit, ausser der Arbeitnehmende muss während der Pausen in Arbeitsbereitschaft sein. Die Vorschriften des Arbeitsgesetzes sind zu beachten.
- 3 Der Arbeitgeber legt nach Rücksprache mit dem Arbeitnehmenden, unter Berücksichtigung der arbeitsgesetzlichen Vorschriften sowie der betrieblichen Erfordernisse, die wöchentliche, beziehungsweise tägliche Arbeitszeit fest. Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit gemäss Abs. 1 dieses Artikels sind dem Arbeitnehmenden möglichst frühzeitig bekannt zu geben. Die effektive wöchentliche Höchstarbeitszeit sollte vorbehaltlich der gesetzlichen Ausnahmen 50 Stunden pro Woche nicht übersteigen.
- 4 Per 31. Dezember können jeweils höchstens 50 Mehr- oder Minusstunden auf der Basis der Jahresarbeitszeit nach Abs. 1 aufs nächste Jahr übertragen werden. Der Arbeitnehmende ist verpflichtet, nach Anordnung des Arbeitgebers das Überstundenkonto abzubauen. Diese Überstunden müssen innert 6 Monaten entweder mit Freizeit von gleicher Dauer kompensiert oder mit einem Lohnzuschlag von 25% ausbezahlt werden. Das Wahlrecht steht nach Anhörung des Arbeitnehmenden dem Arbeitgeber zu.
- 5 Können allfällige Überstunden infolge Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr mit Freizeit von gleicher Dauer kompensiert werden, sind sie mit einem Lohnzuschlag von +25% (=insgesamt 125%) auszubezahlen. Kann ein allfälliges Stundenminus, das auf Anordnung des Arbeitgebers entstanden ist (OR Art. 324), bis zum Austritt des Arbeitnehmenden nicht ausgeglichen werden, geht dieses zu Lasten des Arbeitgebers.

Art. 17 Überzeit, Überstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit

- 1 **Überzeit** ist die über die gesetzlich zulässige wöchentliche Höchstarbeitszeit hinausgehende Arbeitsbeanspruchung. Diese ist nur im Rahmen des Arbeitsgesetzes zulässig.
 - 2 **Überstunden** sind die Stunden, die über die arbeitsvertraglich geregelte Arbeitszeit hinausgehen und bis zur gesetzlichen Höchstarbeitszeit gehen.
 - 3 Überzeit und Überstunden werden nur soweit entschädigt, als sie vom Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter angeordnet sind.
 - 4 Überstunden sind durch Freizeit gleicher Dauer gemäss Ziff. 16.4 zu kompensieren. Überzeit kann nur mit dem Einverständnis des einzelnen Arbeitnehmenden durch Freizeit gleicher Dauer ausgeglichen werden.
-

- 5 Ist eine Kompensation aus betrieblicher Sicht nicht möglich, sind die **Überstunden** mit einem Lohnzuschlag von 25%, die **Überzeit** mit dem Lohnzuschlag von +25% (= 125% insgesamt) auszuzahlen.
- 6 Arbeiten, die an einem Wochentag vor einem gesetzlich anerkannten Feiertag ab 17 Uhr geleistet werden, gelten unabhängig von der Jahresabrechnung als Überstunden.
- 7 Für vorübergehende Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit werden Lohnzuschläge wie folgt ausgerichtet:
- | | Zeit | Lohnzuschlag |
|---------------------------------|---------------|--------------------------------|
| a. Sonn- u. Feiertage | 23.00 – 23.00 | 50 % (Sa. 23.00 bis So. 23.00) |
| b. Abendarbeit | 20.00 – 23.00 | 25 % |
| c. Nachtarbeit (vorübergehende) | 23.00 – 06.00 | 25 % |
- 8 Arbeitnehmende, die zur Aufrechterhaltung des Dienstes regelmässig Nacht- bzw. Sonntagsarbeit leisten, haben dafür keinen Anspruch auf Lohnzuschläge. Im Falle von regelmässiger Nachtarbeit ist allerdings der obligatorische Zeitzuschlag von 10% gemäss Arbeitsgesetz geschuldet.
- 9 Sind für die gleiche Zeitspanne verschiedene Vorschriften über Zuschläge anwendbar, so hat der Arbeitnehmende Anspruch auf den für ihn besseren Zuschlag.
- 10 Für Teilzeit-Arbeitnehmende gelten die gleichen Regelungen.

Art. 18 Pikettdienst

- 1 Sofern betriebsnotwendig, haben sich die Arbeitnehmenden für Pikettdienst an Samstagen, Sonn- und Feiertagen zur Verfügung zu stellen. Der einen Kalendermonat umfassende Pikettplan und der Plan für Nachtdienst sind im Voraus anzuschlagen. Bei der Plangestaltung ist unter den Arbeitnehmenden nach Möglichkeit ein Turnus einzuhalten. Im Betrieb geleisteter Pikettdienst zählt als Arbeitszeit. Wird er ausserhalb des Betriebes geleistet, so gilt die tatsächliche Einsatzzeit sowie die Wegzeit zu und von der Arbeit als Arbeitszeit (siehe Verordnung I zum Arbeitsgesetz¹).
- 2 Die Meinung der Arbeitnehmenden muss während der Planungsphase der Pikettdienste eingeholt werden, damit Änderungen möglich sind.
- 3 Der Pikettdienst und die Änderungen müssen in der Regel 14 Tage vor dem Einsatz den Arbeitnehmenden bekannt gegeben werden.

¹ Art. 15 VO I: „(1) Wird der Pikettdienst im Betrieb geleistet, stellt die gesamte zur Verfügung gestellte Zeit Arbeitszeit dar. (2) Wird der Pikettdienst ausserhalb des Betriebes geleistet, so ist die zur Verfügung gestellte Zeit soweit an die Arbeitszeit anzurechnen, als der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin tatsächlich zur Arbeit herangezogen wird. Die Wegzeit zu und von der Arbeit ist in diesem Fall an die Arbeitszeit anzurechnen.“

Art. 19 Ferien

- 1 Die Arbeitnehmenden haben pro Kalenderjahr bei einer Fünftage-Woche Anspruch auf bezahlte Ferien:
 - a. 25 Arbeitstage für Arbeitnehmende bis zum vollendeten 20. Altersjahr;
 - b. 22 Arbeitstage für Arbeitnehmende ab dem 21. Altersjahr;
 - c. 28 Arbeitstage für Arbeitnehmende ab dem 50. Altersjahr;
 - d. 30 Arbeitstage für Arbeitnehmende ab dem 60. Altersjahr und 5 Dienstjahren.Der Ferienanspruch gilt ab dem 1. Januar des Folgejahres.
- 2 Der Arbeitnehmende hat sich über den Zeitpunkt des Ferienbezuges rechtzeitig mit dem Arbeitgeber zu verständigen.
- 3 In die Ferien fallende, vertraglich bezahlte Feiertage gemäss GAV Art. 21 gelten nicht als Ferientage und können nachbezogen werden.
- 4 Die Ferien werden pro Kalenderjahr berechnet und bezogen.
- 5 Im Laufe eines Kalenderjahres eintretende oder austretende Arbeitnehmende haben für das Eintritts- bzw. Austrittsjahr Anspruch auf Ferien nach Massgabe der effektiven Zeit, während der das Dienstverhältnis mit Einschluss des Ferienanspruchs im betreffenden Jahr bestanden hat.
- 6 Stellen sich nach dem Bezug der Ferien Umstände ein, die zum Wegfall oder zur Kürzung des Ferienanspruches führen, kann der Arbeitgeber das zu viel entrichtete Feriengeld zurückfordern oder vom Lohn Guthaben, soweit nach Gesetz zulässig, in Abzug bringen.
- 7 Unverschuldete Absenzen wegen Unfall, Krankheit, Erfüllung öffentlicher Pflichten, Militärdienst (vgl. Abs. 9), Ausübung eines öffentlichen Amtes usw. werden nicht mit den Ferien verrechnet, wenn die Gesamtdauer aller dieser Abwesenheitsgründe im Kalenderjahr weniger als zwei Monate beträgt. Bei länger dauernder Arbeitsverhinderung können die Ferien für jeden vollen Abwesenheitsmonat um je einen Zwölftel gekürzt werden. Der erste Monat fällt dabei ausser Betracht.
- 8 Bei länger dauernder Arbeitsverhinderung infolge Schwangerschaft können die Ferien vom dritten vollen Monat der Arbeitsverhinderung an um einen Zwölftel gekürzt werden. Die ersten beiden Abwesenheitsmonate fallen dabei ausser Betracht.
- 9 Militärische Wiederholungskurse gelten nicht als Arbeitsverhinderung und berechtigen nicht zur Kürzung.
- 10 Sind die Arbeitnehmenden durch ihr Verschulden während eines Dienstjahres insgesamt um mehr als einen Monat an der Arbeitsleistung verhindert, so kann der Arbeitgeber die Ferien für jeden vollen Monat der Verhinderung um einen Zwölftel kürzen (die Anteile werden auf ½ Tag gerundet).

Art. 20 Anrechnung der Dienstjahre

Wurde die Lehrzeit und die daran anschliessende Arbeitszeit im gleichen Betrieb absolviert, so zählen die Lehrjahre als Dienstjahre.

Art. 21 Feiertage

- 1 Alle Arbeitnehmenden haben Anspruch auf folgende bezahlte Feiertage, sofern diese auf einen Werktag (Montag – Samstag) fallen.

	Thurgau	St.Gallen	Appenzell A. Rh.,	Appenzell I. Rh.*
1.	Neujahr	Neujahr	Neujahr	Neujahr
2.	Berchtoldstag	Karfreitag	Karfreitag	Karfreitag
3.	Karfreitag	Ostermontag	Ostermontag	Ostermontag
4.	Ostermontag	Auffahrt	Auffahrt	Auffahrt
5.	Auffahrt	Pfingstmontag	Pfingstmontag	Pfingstmontag
6.	Pfingstmontag	1. August	1. August	Fronleichnam
7.	1. August	Allerheiligen	Allerheiligen	1. August
8.	Weihnachtstag	Weihnachtstag	Weihnachtstag	Weihnachtstag
9.	Stephanstag	Stephanstag	Stephanstag	Stephanstag

* Weitere Feiertage (Maria Himmelfahrt, St. Mauritiusstag, Maria Empfängnis) sind den Sonntagen nicht gleichgestellt Feiertage.

- 2 Der 1. Mai ist im Kanton Thurgau arbeitsfrei, jedoch nicht lohnfortzahlungspflichtig. Er kann deshalb vor- oder nachgeholt werden oder als Ferientag abgegolten werden.
- 3 Die oben aufgeführten Feiertage, die in die Ferien fallen, können nachbezogen werden, sofern sie auf einen Arbeitstag fallen, an dem der Arbeitnehmende normalerweise gearbeitet hätte.
- 4 Nicht bezahlte Feiertage und die anderen arbeitsfreien Tage, an denen im Betrieb nicht gearbeitet wird, können vorgeholt oder kompensiert werden. Der vertraglich geregelte Ferienanspruch bleibt gewahrt.

2. Lohnbestimmungen

Art. 22 Lohnzahlung

- 1 Der Lohn ist in regelmässigen Abständen, spätestens am letzten Arbeitstag des Monats unter Beifügung einer detaillierten Abrechnung innert der Arbeitszeit bar oder durch rechtzeitige Bank- oder Postchecküberweisung in Landeswährung auszusahlen. Der Arbeitnehmende muss auf jeden Fall Ende des Monats über den Lohn verfügen können. Am Zahltag darf nicht mehr als der Lohn für eine Arbeitswoche ausstehend bleiben.
- 2 Die Arbeitnehmenden erhalten mindestens vierteljährlich eine Abrechnung über die geleisteten Arbeitsstunden.
- 3 Sofern die Stundenabrechnung für den Arbeitnehmenden ein Stunden-Minus aufzeigt, muss die fehlende Zeit während der Kündigungsfrist nachgeholt werden, ansonsten kann ein Lohnabzug vorgenommen werden.
- 4 Kann ein Stundenminus, welches auf Anordnung des Arbeitgebers entstanden ist, bis zum Austritt des Arbeitnehmendes nicht ausgeglichen werden, geht dieses gemäss Gesetz zu Lasten des Arbeitgebers (Annahmeverzug, Art. 324 OR).

Art. 23 Minimallöhne

Die Vertragsparteien setzen die vertraglichen Minimallöhne jährlich im Anhang 5 verbindlich fest. Die gültigen Mindestlöhne werden zusammen mit den Abmachungen gemäss GAV Art. 24 in einer Zusatzvereinbarung zum GAV verbindlich festgehalten und bis Ende Jahr für das nächste Jahr bekannt gegeben.

Art. 24 Lohnanpassungen

Die PBK befindet jeweils im 4. Quartal jeden Jahres über allfällige Lohnanpassungen unter Berücksichtigung der Teuerung, der Wirtschafts- und Beschäftigungslage, sowie weiterer lohnrelevanter Faktoren. Das Verhandlungsergebnis gilt als Zusatzvereinbarung zum GAV. Die Lohnanpassungen werden zusammen mit den Abmachungen gemäss GAV Art. 23 in einer Zusatzvereinbarung zum GAV verbindlich festgehalten und bekannt gegeben.

Art. 25 13. Monatslohn

- 1 Die Arbeitnehmenden erhalten einen 13. Monatslohn, sofern das Arbeitsverhältnis während der Probezeit nicht gekündigt wird.
- 2 Hat das Arbeitsverhältnis nicht ein ganzes Jahr gedauert, wird der 13. Monatslohn anteilmässig bezahlt, wobei nur volle Monate zählen.
- 3 Werden 12 Monatslöhne ausbezahlt, ist in jeden Monatslohn der 13. Monatslohn einzurechnen und auf der monatlichen Lohnabrechnung auszuweisen.

Art. 26 Absenzenentschädigung

Die Arbeitnehmenden haben Anspruch auf bezahlte freie Tage im Umfang von:

- a. 2 Tagen bei eigener Heirat
 - b. 1 Tag bei der Geburt eines eigenen Kindes
 - c. 1 Tag bei Heirat eines Kindes
 - d. 3 Tage beim Tod des Ehegatten, eines eigenen Kindes sowie Stief- oder Adoptivkindes
 - e. 1 Tag beim Tod eines Geschwisters, der Eltern oder Schwiegereltern, Grosseltern oder Grosskindern, gleichgültig, ob solche im Haushalt des Arbeitnehmenden lebten oder nicht. In begründeten Ausnahmefällen erhöht sich der Anspruch bis auf 3 Tage, wenn der Nachweis erbracht wird, dass eine längere Absenz erforderlich ist.
 - f. 1 Tag pro Jahr bei Umzug des eigenen Haushalts, sofern der Arbeitnehmende nicht in gekündigtem Arbeitsverhältnis steht
 - g. 1 Tag bei militärischer Inspektion
 - h. Militärische Aushebungstage sind bezahlt.
-

Art. 27 Ausübung öffentlicher Ämter

- 1 Vor Übernahme eines öffentlichen Amtes ist die Zustimmung des Arbeitgebers einzuholen.
- 2 Übt der Arbeitnehmende ein öffentliches Amt aus, so ist ihm der Lohn für die dadurch ausfallende Arbeitszeit nach gegenseitiger Absprache auszurichten. In dieser Absprache ist auch die Entschädigung, die der Arbeitnehmende für die Ausübung des öffentlichen Amtes erhält, sofern sie erheblich ist, einzubeziehen.

Art. 28 Bildungsurlaub

Für die berufliche Aus- und Weiterbildung, für die Ausbildung von Stiftungsräten einer betrieblichen Vorsorgeeinrichtung und für gewerkschaftliche Weiterbildungskurse wird pro Kalenderjahr ein Bildungsurlaub von 3 Tagen gewährt. Vorrang haben die betrieblichen sowie spezifisch markenbezogenen Aus- und Weiterbildungstage.

Art. 29 Lohnfortzahlung bei Krankheit

- 1 Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die diesem Vertrag unterstellten Arbeitnehmenden für ein Krankentaggeld von mindestens 80% des wegen Krankheit ausfallenden Bruttolohnes (ohne Kinderzulage) im Rahmen von Abs. 2 dieses Artikels zu versichern. Bei einer Krankentaggeld-Versicherung mit aufgeschobener Leistung garantiert der Arbeitgeber dem Arbeitnehmenden bis zum Beginn der Versicherungsleistung eine Entschädigung von mindestens 80% des wegen Krankheit ausfallenden Bruttolohnes. Die Versicherungsprämien werden je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmenden getragen.
 - 2 Die **Versicherungsbedingungen** haben vorzusehen, dass:
 - a. der Lohnausfall infolge einer durch ärztliches Zeugnis bescheinigten Erkrankung ab Beginn derselben entschädigt wird;
 - b. die Taggeldleistung während 720 Tagen (Kalendertage, nicht Taggeldmenge) innerhalb von 900 aufeinanderfolgenden Tagen zu gewähren ist;
 - c. bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit das Taggeld proportional auszurichten ist, sofern die Arbeitsunfähigkeit mindestens 50% beträgt;
 - d. die Versicherungsleistungen sollen Neueintretenden ohne Karenzzeit gewährt werden, sofern der/die Versicherungsnehmer/in beim Eintritt in die Kasse nicht krank ist und die Kasse keinen Vorbehalt wegen vorbestandener Krankheit erhebt. Die Vorbehalte des Versicherers beim Übertritt aus einem Krankenversicherungsvertrag einer Privatversicherung in eine öffentliche anerkannte Krankenkasse (und im umgekehrten Falle) sind nicht Gegenstand dieser Versicherungsbedingungen des GAV. Der Arbeitgeber hat gegebenenfalls eine beschränkte Lohnzahlungspflicht während der Dauer eines Vorbehaltes;
 - e. die gesamte vertragsunterstellte Belegschaft ist der gleichen Kollektivversicherung zu unterstellen, vorbehaltlich von bereits bestehenden und gleichwertigen Einzelversicherungen;
-

- f. die Arbeitnehmenden haben das Recht, nach Ausscheiden aus der Kollektivversicherung ohne Unterbruch in die Einzelversicherung überzutreten. Das im Kollektivvertrag massgebende Eintrittsalter ist beizubehalten; es dürfen keine neuen Versicherungsvorbehalte angebracht werden. Die Versicherung hat mindestens die bisherigen Leistungen zu decken und zwar sowohl die Höhe des Taggeldes als auch die Dauer des Leistungsanspruchs. Der Versicherer hat dafür zu sorgen, dass die versicherte Person schriftlich über ihr Recht auf Übertritt in die Einzelversicherung aufgeklärt wird.
- 3 Der Arbeitgeber kann die Begutachtung der Arbeitsfähigkeit durch einen von ihm bezeichneten Vertrauensarzt verlangen. Dieser muss in der Schweiz domiziliert sein. Der Arbeitnehmende ist verpflichtet, auf erste Aufforderung hin durch den Arbeitgeber eine Krankheit durch den Vertrauensarzt begutachten zu lassen. Stellt der Vertrauensarzt einen Missbrauch fest oder weigert sich der Arbeitnehmende, sich der Konsultation durch den Vertrauensarzt zu unterziehen, so steht dem Arbeitnehmenden keine Entschädigung durch den Arbeitgeber beziehungsweise den Krankenversicherer zu.
 - 4 Mit dieser Regelung gilt die gemäss Art. 324a OR im Krankheitsfall des Arbeitnehmendes bestehende Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers bei Einhaltung der vorstehenden Bestimmungen im Sinne von Art. 324a Abs. 4 OR als vollständig abgegolten.

Art. 30 Lohnfortzahlung bei Unfall

1 Berufsunfallversicherung (BU)

Es gelten die folgenden Bestimmungen:

- a. Der Arbeitnehmende ist gegen die Folgen von Unfällen bei der SUVA versichert;
- b. Der durch die SUVA nicht gedeckte Lohnausfall während des Unfalltages und der 2 darauf folgenden Tage wird zu 80% vom Arbeitgeber vergütet;
- c. Falls die SUVA wegen schuldhaften herbeiführens des Unfalls oder wegen aussergewöhnlicher Gefahren und Wagnissen die Leistungen kürzt oder verweigert, reduziert sich die Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers in gleichem Umfang;
- d. Die Prämie für die Berufsunfallversicherung geht zu Lasten des Arbeitgebers.

2 Nichtberufsunfall-Versicherung (NBU)

Es gelten die folgenden Bestimmungen:

- a. Die Prämien der Nichtberufsunfall-Versicherung trägt der Arbeitnehmende;
 - b. Die Versicherung endet mit Ablauf des 30. Tages nach dem Tage, an dem der Lohnanspruch aufhört;
 - c. Endet die Versicherung aus Gründen gemäss den vorerwähnten Umständen, so hat der Arbeitnehmende die Möglichkeit, vor dem Ende dieser Versicherung eine Abredeversicherung mit der SUVA abzuschliessen;
 - d. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Arbeitnehmenden rechtzeitig zu informieren, sobald seine direkte Lohnzahlungspflicht aufhört oder unter 50% des normalen Lohnes gesunken ist.
-

Art. 31 Lohnfortzahlung bei Militär-, Schutz- oder Schweizerischem Zivil- oder Frauendienst

- 1 Während der Arbeitnehmende obligatorischen schweizerischen Militär- oder Schutzdienst oder schweizerischen Zivildienst oder Frauendienst leistet, erhält er aufgrund der angegebenen Soldmeldekarte folgende Vergütung ausgerichtet, sofern die Dienstleistung nicht ausdrücklich als freiwillig bezeichnet und dafür eine Erwerbsausfall-Entschädigung ausbezahlt wird:
 - a. während der Rekrutenschule als Rekrut:
 1. Ledige 50% des Lohnes
 2. Verheiratete sowie Ledige mit Unterstützungspflicht 80% des Lohnes
 - b. während der übrigen Militärdienstleistung innerhalb eines Jahres:
 1. bis zu einem Monat pro Kalenderjahr 100% des Lohnes
 2. Für die darüber hinausgehende Zeit:
 - 2.1 Ledige ohne Unterstützungspflichten 50% des Lohnes
 - 2.2 Verheiratete sowie Ledige mit Unterstützungspflichten 80% des Lohnes
- 2 Die gesetzlichen Erwerbsausfall-Entschädigungen sind in diesen Ansätzen begriffen. Ist die Erwerbsausfall-Entschädigung höher als die in Ziff. 1 genannten Ansätze, so wird diese ausgerichtet.
- 3 Anspruch auf die Militärdienstentschädigung während der Rekrutenschule, die über die Erwerbsausfallentschädigung hinausgeht, hat nur der Arbeitnehmende, dessen Arbeitsverhältnis nicht gekündigt ist und nach der Entlassung aus dem Militärdienst noch mindestens 12 Monate weiterläuft. Scheidet der Arbeitnehmende freiwillig oder aus eigenem Verschulden vor Ablauf der 12 Monate aus, so hat er die Differenz zwischen Entschädigung und Erwerbsersatz pro Rata temporis zurückzuerstatten.
- 4 Die vorstehende Regelung gilt für Friedensdienst. Für allfälligen Aktivdienst oder dgl. werden den Umständen angemessene abweichende Vereinbarungen vorbehalten.
- 5 Entscheidet sich der Arbeitnehmende für die Durchdiener-RS, hat er dies dem Arbeitgeber so früh wie möglich bekannt zu geben. Im Falle einer Durchdiener-RS hat der Rekrut lediglich Anspruch auf Lohnfortzahlung seines Arbeitgebers im Rahmen von Art. 324a/b OR.

Art. 32 Lohnfortzahlung bei Todesfall

- 1 Mit dem Tod des Arbeitnehmendes erlischt das Arbeitsverhältnis.
- 2 Der Arbeitgeber hat jedoch den Lohn für 1 (einen) weiteren Monat und nach 5-jähriger Dienstdauer für 2 (zwei) weitere Monate, gerechnet vom Todestag an, zu entrichten, sofern der Arbeitnehmende den Ehegatten oder minderjährige Kinder oder bei Fehlen dieser Erben andere Personen hinterlässt, denen gegenüber er seine Unterstützungspflicht erfüllt hat (Art. 338 OR).

Art. 33 Kinder- und Ausbildungszulagen

Die Kinder- bzw. Ausbildungszulagen richten sich nach der geltenden kantonalen Gesetzgebung.

Art. 34 Überkleiderentschädigung

Den Arbeitnehmenden werden pro Jahr zwei Überkleider zur Verfügung gestellt.

3. Weitere Bestimmungen

Art. 35 Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmende

- 1 Der Arbeitgeber ist verpflichtet, den Arbeitnehmenden korrekt zu behandeln, ihn über die auszuführenden Arbeiten ausreichend zu orientieren und die Aufgaben seinen Fähigkeiten, Fachkenntnissen und Eigenschaften entsprechend zu bemessen. Ferner hat der Arbeitgeber für hinreichende Beleuchtung, Lüftung und Heizung der Arbeitsräume zu sorgen, dem Arbeitnehmenden Waschgelegenheiten in genügender Zahl sowie passende Einrichtungen zum Aufbewahren der Kleider zur Verfügung zu stellen und alle Massnahmen zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen und zum Schutz der Gesundheit vorzukehren.
- 2 Der Arbeitnehmende ist verpflichtet, die festgesetzten Arbeitszeiten einzuhalten, die ihm übertragenen Arbeiten nach Anweisungen des Vorgesetzten unter Aufwendung aller Sorgfalt fachgemäss auszuführen, zu dem übergebenen Material, den Werkzeugen und Maschinen Sorge zu tragen, sich gegenüber jedermann, mit dem er in Ausübung seines Berufes in Verbindung tritt, korrekt zu benehmen und jede Handlung, welche den Arbeitgeber schädigen könnte, zu unterlassen; er hat alles vorzukehren, was dem Ansehen des Unternehmens förderlich ist. Für absichtlich oder fahrlässig verursachte Schäden kann der Arbeitgeber im Rahmen von Art. 321e OR Schadenersatz verlangen.

Art. 36 Mutterschaft

- 1 Der Arbeitgeber hat in Anwendung des Arbeitsgesetzes schwangere Frauen und stillende Mütter so zu beschäftigen, dass ihre Gesundheit und die Gesundheit des Kindes nicht beeinträchtigt werden. Wenn sie schädliche Arbeiten nicht mehr verrichten dürfen, hat ihnen der Arbeitgeber eine gleichwertige Ersatzarbeit zuzuweisen. Andernfalls haben sie Anspruch auf 80% des Lohnes.
 - 2 Die Beschäftigung von Frauen während der Mutterschaft unterliegt weiter gemäss Arbeitsgesetz insbesondere folgenden Einschränkungen:
 - a. schwangere Frauen und stillende Mütter dürfen nicht über die vertraglich vereinbarte Arbeitszeit hinaus beschäftigt werden, jedoch maximal 9 Stunden im Tag;
 - b. bei hauptsächlich stehender Tätigkeit sind schwangeren Frauen ab dem 4. Schwangerschaftsmonat eine tägliche Ruhezeit von 12 Stunden und nach jeder zweiten Stunde zusätzlich zu den normalen gesetzlichen Pausen eine Kurzpause von 10 Minuten zu gewähren. Ab dem 6. Schwangerschaftsmonat sind stehende Tätigkeiten auf insgesamt 4 Stunden pro Tag zu beschränken;
 - c. schwangere Frauen, die zwischen 20 Uhr und 6 Uhr arbeiten, dürfen ab der 8. Woche vor der Niederkunft in diesem Zeitraum nicht mehr beschäftigt werden. Sie haben Anspruch auf Versetzung zu einer gleichwertigen Tagesarbeit. Ist die Versetzung nicht möglich, besteht ein Anspruch auf 80% des Lohnes (ohne allfällige Zuschläge für Nachtarbeit);
 - d. für das Stillen des Kindes im ersten Lebensjahr ist der Mutter frei zu geben. Stillzeit wird ganz (im Betrieb) oder zu 50% (ausserhalb des Betriebes) an die Arbeitszeit angerechnet;
-

Art. 37 Schwarzarbeit

- 1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, Schwarzarbeit mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen (Art. 321 a Abs. 3 OR).
- 2 Leistet der Arbeitnehmende während der Ferien und Freizeit entgeltliche Arbeit für einen Dritten und werden dadurch die berechtigten Interessen des Arbeitgebers verletzt, so kann dieser den Ferienlohn verweigern und den bereits bezahlten Ferienlohn zurückverlangen.
- 3 Der Arbeitgeber hat darauf zu achten, dass der Arbeitnehmende keine Schwarzarbeit leistet. Er beschäftigt oder begünstigt auch keine Arbeitnehmende mit Schwarzarbeit, die nicht in seinem Betrieb angestellt sind.
- 4 Arbeitgeber, die für sich Schwarzarbeit verrichten lassen, oder Arbeitnehmende, die Schwarzarbeit verrichten, werden von der PBK mit einer Konventionalstrafe belegt. Allfällige Schadenersatzansprüche bleiben zudem vorbehalten.
- 5 Die Leistung von Schwarzarbeit gilt im Wiederholungsfall – nach schriftlicher Verwarnung – als wichtiger Grund für eine fristlose Entlassung.

4. Beginn und Ende des Arbeitsverhältnisses**Art. 38 Probezeit**

- 1 Der erste Monat ab Arbeitsaufnahme gilt als Probezeit; mit schriftlicher Vereinbarung kann die Probezeit höchstens um zwei Monate verlängert werden (Art. 335b OR).
- 2 Bei einer effektiven Verkürzung der Probezeit infolge Krankheit, Unfall oder Erfüllung einer nicht freiwillig übernommenen gesetzlichen Pflicht erfolgt eine entsprechende Verlängerung.

Art. 39 Kündigung des Arbeitsverhältnisses

- 1 Ein unbefristetes Arbeitsverhältnis kann von jeder Vertragspartei gekündigt werden.
 - 2 Die Kündigung hat grundsätzlich schriftlich zu erfolgen und muss am letzten Arbeitstag vor Beginn der ordentlichen Kündigungsfrist im Besitz (respektive Machtbereich) des Empfängers sein. Wird die Kündigung mündlich eröffnet, ist sie unverzüglich schriftlich zu bestätigen.
 - 3 Der bzw. die Kündigende muss die Kündigung schriftlich begründen, wenn die andere Partei dies verlangt.
-

- 4 Kündigungsfristen (Art. 335c OR):
 - a. Während der Probezeit kann das Arbeitsverhältnis jederzeit mit einer Kündigungsfrist von sieben Tagen gekündigt werden;
 - b. das Arbeitsverhältnis kann nach Ablauf der Probezeit jeweils auf das Ende eines Monats mit folgenden Fristen gekündigt werden:
 1. im 1. Dienstjahr mit einer Kündigungsfrist von einem Monat;
 2. im 2. bis und mit 9. Dienstjahr mit einer Frist von zwei Monaten;
 3. ab 10. Dienstjahr und mehr mit einer Frist von drei Monaten.
- 5 In Bezug auf die missbräuchliche Kündigung eines Arbeitsverhältnisses gelten die Bestimmungen gemäss Art. 336 ff. OR.
- 6 **Kündigung zur Unzeit durch den Arbeitgeber**
 - a. Nach Ablauf der Probezeit darf der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis nicht kündigen (Art. 336c OR):
 1. während die andere Partei schweizerischen obligatorischen Militär- oder Schutzdienst oder schweizerischen Zivildienst oder Frauendienst leistet, sowie, sofern die Dienstleistung mehr als 11 Tage dauert, während 4 Wochen vorher und nachher;
 2. während der Arbeitnehmende ohne eigenes Verschulden durch Krankheit oder durch Unfall ganz oder teilweise an der Arbeitsleistung verhindert ist, und zwar im ersten Dienstjahr während 30 Tagen, ab zweitem bis und mit fünftem Dienstjahr während 90 Tagen und ab sechstem Dienstjahr während 180 Tagen;
 3. während der Schwangerschaft und in den 16 Wochen nach der Niederkunft einer Arbeitnehmerin;
 4. während der Arbeitnehmende mit Zustimmung des Arbeitgebers an einer von der zuständigen Bundesbehörde angeordneten Dienstleistung für eine Hilfsaktion im Ausland teilnimmt.
 - b. Die Kündigung, die während einer vorstehend festgelegten Sperrfrist erklärt wird, ist ungültig. Ist dagegen die Kündigung vor Beginn einer solchen Frist erfolgt, aber die Kündigungsfrist bis dahin noch nicht abgelaufen, so wird deren Ablauf unterbrochen und erst nach Beendigung der Sperrfrist gemäss Art. 336c OR fortgesetzt.
 - c. Gilt für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein Endtermin, wie das Ende eines Monats oder einer Arbeitswoche, und fällt dieser nicht mit dem Ende der fortgesetzten Kündigungsfrist zusammen, so verlängert sich diese bis zum nächstfolgenden Endtermin.
- 7 **Kündigung zur Unzeit durch den Arbeitnehmenden**

Nach Ablauf der Probezeit darf der Arbeitnehmende das Arbeitsverhältnis nicht kündigen, wenn ein Vorgesetzter, dessen Funktionen er auszuüben vermag, oder der Arbeitgeber selbst unter den in Art. 39 Abs. 6 lit. a angeführten Voraussetzungen an der Ausübung der Tätigkeit verhindert ist und der Arbeitnehmende dessen Tätigkeit während der Verhinderung zu übernehmen hat. Art. 39 Abs. 6 lit. b und c sind entsprechend anwendbar.

Art. 40 Fristlose Auflösung des Arbeitsverhältnisses

- 1 Aus wichtigen Gründen kann der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmende jederzeit das Arbeitsverhältnis in Anwendung von Art. 337 OR fristlos auflösen; er muss die fristlose Vertragsauflösung schriftlich begründen, wenn die andere Partei dies verlangt.
-

- 2 Entlässt der Arbeitgeber den Arbeitnehmenden fristlos ohne wichtigen Grund, so hat dieser Anspruch auf Ersatz dessen, was er verdient hätte, wenn das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der Kündigungsfrist oder durch Ablauf der bestimmten Vertragszeiten beendet worden wäre.
- 3 Der Arbeitnehmende muss sich daran anrechnen lassen, was er infolge der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erspart hat und was er durch anderweitige Arbeit verdient oder zu verdienen absichtlich unterlassen hat.
- 4 Der/die Richter/in kann in Anwendung von Art. 337b OR den Arbeitgeber verpflichten, dem Arbeitnehmenden eine Entschädigung zu bezahlen, die er nach freiem Ermessen unter Würdigung aller Umstände festlegt; diese Entschädigung darf jedoch den Lohn des Arbeitnehmenden für sechs Monate nicht übersteigen.

Art. 41 Nichtantreten der Arbeitsstelle (Art. 337d OR)

- 1 Tritt der Arbeitnehmende ohne wichtigen Grund die Arbeitsstelle nicht an oder verlässt er diese fristlos, so hat der Arbeitgeber Anspruch auf eine Entschädigung, die einem Viertel des Lohnes für einen Monat entspricht; ausserdem hat er Anspruch auf Ersatz weiteren Schadens.
- 2 Ist dem Arbeitgeber kein oder ein geringerer Schaden erwachsen, als der Entschädigung gemäss dem vorstehenden Absatz entspricht, so kann sie der Richter nach seinem Ermessen herabsetzen.
- 3 Erlischt der Anspruch auf Entschädigung nicht durch Verrechnung, so ist er durch Klage oder Betreuung innert 30 Tagen seit dem Nichtantritt oder Verlassen der Arbeitsstelle geltend zu machen; andernfalls ist der Anspruch verwirkt.

5. Schlussbestimmungen

Art. 42 Pensionskasse Autogewerbe

Innerhalb des Autogewerbe-Verbandes der Schweiz (AGVS) existiert die PK Mobil, die Pensionskasse des Schweizer Mobilitätsgewerbes, welche allen Mitgliederfirmen und deren Arbeitnehmende als fortschrittliche berufliche Vorsorgeeinrichtung zur Verfügung steht. Die vertragschliessenden Verbände empfehlen den diesem GAV unterstellten Firmen und Arbeitnehmenden, sich dieser Vorsorgeeinrichtung anzuschliessen.

Art. 43 Übergangsbestimmungen

Bestehende, für den Arbeitnehmenden günstigere Abmachungen sowie die den Arbeitnehmenden bisher gewährten weitergehenden Leistungen des Arbeitgebers dürfen wegen der Inkraftsetzung dieses GAV während eines Jahres nicht gekürzt werden. Allfällige Änderungen des Einzelarbeitsvertrages können darauf im gegenseitigen Einverständnis oder mittels einer Änderungsankündigung vorgenommen werden.

Art. 44 Vertragsgrundlage

Grundlage dieses GAV ist die Landesvereinbarung für das Schweizerische Autogewerbe vom 9. Dezember 1980.

Art. 45 Aushändigung des GAV

Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmenden bei dessen Einstellung den vorliegenden GAV auszuhändigen, ebenso beim Übertritt eines Arbeitnehmendes vom Lehr- ins Arbeitsverhältnis.

St.Gallen, den 18. Oktober 2011

Autogewerbe-Verband der Schweiz, Sektion St. Gallen und beide Appenzell

Thomas Schläpfer
Präsident

Thomas Gut
Vize-Präsident

Autogewerbe-Verband der Schweiz, Sektion Thurgau

Markus Germann
Präsident

Daniel Schleusser
Vize-Präsident

Gewerkschaft Unia

Renzo Ambrosetti
Co-Präsident

Corrado Pardini
Mitglied der Geschäftsleitung

Gewerkschaft Unia Region Ostschweiz-Graubünden

Thomas Wepf
Regionalsekretär

Heinz Herzog
Leiter Paritätische Kommissionen

Gewerkschaft Syna

Kurt Regotz
Präsident

Nicolo Tamburrino
Zentralsekretär

Gewerkschaft Syna Ostschweiz

Claudio Stefanelli
Regionalsekretär

Anhang 1

Reglement der Paritätischen Berufskommission (PBK) gemäss Art. 8 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV)

Teil A Bestellung der Paritätischen Berufskommission

Art. 1 Funktionsfähigkeit der Kommission

- 1 Die Vertragsparteien errichten unter der Bezeichnung „Paritätische Berufskommission“, nachstehend PBK genannt, einen Verein im Sinne von Art. 60 ff. ZGB sowie Art. 357 b Abs. 3 OR mit Sitz in Weinfelden.
- 2 Die Vertragsparteien sorgen für die dauernde und uneingeschränkte Funktionsfähigkeit der PBK durch vorgängige Bezeichnung und rechtzeitige Entsendung ihrer Delegierten in die Kommission. Im Verhinderungsfall können die Parteien Ersatzmitglieder delegieren.

Art. 2 Aufgaben der PBK

Die PBK erledigt die ihr in Art. 7 und 8 GAV zugewiesenen Aufgaben.

Art. 3 Anforderungen an die Mitglieder

Als Mitglied mit vollem Stimmrecht der PBK können vorbehältlich Art. 12 GAV nur Vertreter der am GAV beteiligten Vertragsparteien gewählt werden. Die Wahl erfolgt durch die zuständigen Organe der Vertragsparteien. Die PBK setzt sich aus je vier Arbeitgeber- und Arbeitnehmendenvertreter zusammen.

Art. 4 Erweiterung der PBK

Im Bedarfsfall können im gegenseitigen Einverständnis weitere Delegierte der Verbände mit beratender Stimme zu den Sitzungen der PBK zugezogen werden.

Art. 5 Struktur der Kommission

- 1 Die Kommission konstituiert sich selbst. Der Vorsitz wird jeweils von der Arbeitgeberseite bestellt. Das Sekretariat der PBK wird durch die Arbeitnehmendenvertreter geführt. Die Protokollführung obliegt dem Sekretariat. Die PBK kann dem/der Geschäftsführer/in des Sekretariates durch schriftliche Vereinbarung Kompetenzen delegieren.
 - 2 Für Verbindlichkeiten des Vereins haftet ausschliesslich das Vereinsvermögen. Jede persönliche Haftung und Nachschusspflicht ist ausgeschlossen.
-

Art. 6 Einberufung und Beschlussfähigkeit

- 1 Die PBK bildet die Mitgliederversammlung des Vereins. Sie tritt auf Verlangen von mindestens vier Mitgliedern zusammen und sie ist nach Bedarf zu einer Sitzung einzuberufen. Bei der Einladung zur Sitzung, die schriftlich und unter Bekanntgabe der Traktanden erfolgen muss, ist normalerweise eine Einladungsfrist von acht Tagen zu beachten. Über die Verhandlungen wird ein Protokoll geführt, das den Vertragsparteien zur Kenntnisnahme zuzustellen ist.
- 2 Die PBK ist beschlussfähig, wenn mindestens je zwei Mitglieder der Arbeitgeber und der Arbeitnehmenden anwesend sind. Sie entscheidet, soweit im Vertrag für bestimmte Beschlüsse nicht ausdrücklich Einstimmigkeit vorgesehen ist, mit einfachem Mehr, doch sind Beschlüsse, bei denen nicht die Mehrheit der Arbeitnehmenden- und der Arbeitgeber-Delegierten zustimmt, nichtig. Der Präsident hat keinen Stichentscheid.

Art. 7 Finanzielle Aufwendungen der PBK

Allfällige Kosten der PBK werden dem Konto der PBK belastet. Die Geschäftsstelle führt darüber die Buchhaltung und unterbreitet der PBK die Jahresrechnung und den Kontrollbericht zur Genehmigung.

TEIL B Aufgaben der Paritätischen Berufskommission**Art. 8 Auftrag der PBK**

- 1 Die PBK vollzieht insbesondere die in den Artikeln 16 ff. GAV festgelegten normativen Bestimmungen.
- 2 Die PBK steht nur mit den Vertragsparteien in direktem Verkehr, ausser wenn sie die Vertragsparteien fallweise zu etwas anderem ermächtigt haben. Auch Fragen der Anwendung und Auslegung des GAV sind gemäss dieser Regel über die Parteien des GAV bei der PBK zu klären.

Art. 9 Beziehung der PBK zu anderen Organen

- 1 Die PBK kann im Einvernehmen mit den Vertragsparteien die Mitglieder der Partei zu Konferenzen einberufen und auch gemeinsame Veranstaltungen der Vertragsparteien durchführen.
 - 2 Die PBK oder eine Delegation derselben kann auch zusammen mit den entsprechenden Kommissionen anderer Organisationen zur Behandlung auftretender Fragen und Probleme zusammenkommen.
-

Art. 10 Vertragsverletzungen

Verletzungen des GAV sind, wenn persönliche oder verbandliche Interventionen erfolglos bleiben, der PBK anzuzeigen. Zuschriften sind an die PBK² zu adressieren. Die PBK beurteilt auch von ihr selbst festgestellte Vertragsverletzungen sowie solche, die ihr von einer Vertragspartei oder von anderer Seite gemeldet wurden.

Art. 11 Ahndung von Vertragsverletzungen

- 1 In Fällen, da Lohn-, Zulagen-, Feringelder oder dergleichen nicht ordnungsgemäss ausgerichtet worden sind, ist der vorenthaltene Betrag zugunsten des Arbeitnehmenden an die PBK nachzuzahlen. Derartige Vertragsverletzungen sind seitens der PBK zudem durch Auferlegung einer Konventionalstrafe zu ahnden, welche bis zur Höhe der vorenthaltenen Summe betragen kann.
- 2 Geschah die Umgehung der Vertragsbestimmung unter stillschweigender Zustimmung des Arbeitnehmenden, ist er ebenfalls in die Konventionalstrafe miteinzubeziehen. Zudem kann ihm die Auszahlung der eingeklagten Nachzahlung teilweise oder ganz, je nach Grad des Verschuldens, vorenthalten werden und verfällt der PBK.

Art. 12 Anrufung des Schiedsgerichtes

- 1 Entscheide der PBK betreffend Streitigkeiten zwischen den GAV-Partnern können unter Vorbehalt von Art. 8 Abs. 4 lit. m GAV innert 30 Tagen nach Eröffnung gemäss Art. 7 Abs. 2 GAV der Paritätischen Landeskommission (nachstehend PLK genannt) unterbreitet werden.
- 2 Wird der Entscheid der PBK nicht angefochten, wird er rechtskräftig und vollzugsfähig.
- 3 Führt die Schlichtungsverhandlung der PLK zu keiner Einigung, so kann gemäss Art. 7 Abs. 3 GAV innert 30 Tagen nach Scheitern einer Einigung oder Ablehnung eines Vergleichsvorschlages durch eine der Parteien mittels eingeschriebenem Brief und unter gleichzeitiger Überweisung eines Kostenvorschusses von 500 Franken das Schiedsgericht gemäss Art. 10 GAV angerufen werden.
- 4 Der Entscheid des Schiedsgerichtes ist endgültig, vorbehaltlich der Nichtigkeitsbeschwerde.

Art. 13 Anspruch auf verfügte Nachzahlungen

Anspruchsberechtigt auf die von der PBK oder vom vertraglichen Schiedsgericht verfügten Nachzahlungen und Bussengelder sind die vertragschliessenden Verbände als Solidargläubiger, wobei die PBK den zum Inkasso bevollmächtigten vertragsbeteiligten Verband bezeichnet. Dieser ist für die ordnungsgemässe Weiterleitung eingegangener Zahlungen an die Anspruchsberechtigten verantwortlich. Sämtliche Bussengelder fallen der Kasse der PBK zu.

² Sekretariat zur Zeit bei Unia, Lämmlisbrunnenstrasse 41, 9004 St.Gallen

Art. 14 Auflösung

Die Vertragsparteien können den Verein „Paritätische Berufskommission“ (PBK) auflösen, wenn der GAV ausser Kraft ist. Über die Verwendung des Vereinsvermögens entscheidet die Mitgliederversammlung. Bei Nichteinigung entscheidet das Schiedsgericht endgültig.

Anhang 2

Reglement betreffend Berufs- und Vollzugskostenbeiträge gemäss Art 11 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV)

Art. 1 Beitragshöhe

Basierend auf Art. 11 GAV beträgt die Höhe des Berufs- und Vollzugskostenbeitrages 15 Franken je Monat.

Art. 2 Beiträge der Arbeitnehmenden

- 1 Der Arbeitnehmerbeitrag erfolgt monatlich direkt vom Lohn des Arbeitnehmenden und wird bei der Lohnabrechnung sichtbar aufgeführt. Es ist immer der gesamte Monat geschuldet.
- 2 Diese vom Arbeitgeber abgezogenen Berufs- und Vollzugskostenbeiträge sind mindestens ein Mal jährlich an die Geschäftsstelle der PBK zu überweisen.

Art. 3 Beiträge der Arbeitgeber

Diese Arbeitgeberbeiträge sind mindestens jährlich an die Geschäftsstelle der PBK zu überweisen. Es ist immer der gesamte Monat geschuldet.

Art. 4 Beitragsquittungen

- 1 Der Arbeitgeber händigt dem vertragsunterstellten Arbeitnehmenden am Ende des Jahres oder bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses eine Quittung aus über die vom Arbeitnehmenden während des Kalenderjahres geleisteten Beiträge.
- 2 Quittungsformulare können beim Sekretariat der PBK bezogen werden. Zusätzlich sind auch vom Arbeitgeber unterzeichnete EDV-Formulare.

Art. 5 Beitrags-Rückerstattung

- 1 Arbeitnehmende, die Mitglied eines der vertragsunterzeichneten Verbände sind, erhalten beim Vorweisen der Quittung die abgezogenen Berufs- und Vollzugskostenbeiträge vom zuständigen Verband wieder zurückerstattet.
 - 2 Solche Quittungen müssen bis Ende des darauf folgenden Jahres vorgewiesen werden. Spätere Vorweisungen bedürfen einer Begründung. Nach fünf Jahren ab Entstehung des Anspruchs erfolgt die Verjährung in Anwendung von Art. 341 OR in Verbindung mit Art. 128 OR.
-

Art. 6 Durchführungsorgane

- 1 Der Beitragseinzug erfolgt durch das Sekretariat der PBK.
- 2 Der PBK werden in Bezug auf die Berufs- und Vollzugskostenbeiträge folgende Aufgaben übertragen:
 - a. Genehmigung der Jahresrechnung und des Kontrollberichts;
 - b. Anordnung von Kontrollen bezüglich richtiger Durchführung der Beitrags-erhebung in den Betrieben.
- 3 Die PBK ist berechtigt, allfällige Änderungen der Reglemente betreffend Bezug und Finanzierung während der Vertragsdauer vorzunehmen.
- 4 Als Kontrollorgan amtiert eine externe Revisionsstelle mit folgenden Aufgaben:
 - a. Kontrolle der Jahresrechnung sowie der Bilanz;
 - b. Erstellung des Kontrollberichts zuhanden der PBK;
 - c. Überprüfung der einwandfreien Anwendung der Berufs- und Vollzugskostenbestimmungen zusammen mit dem Sekretariat der PBK.

Art. 7 Durchsetzungs-Bemühungen

- 1 Das Sekretariat der PBK, als Bezüger der Berufs- und Vollzugskostenbeiträge, ist in Zusammenarbeit mit den am GAV beteiligten Vertragsparteien dafür besorgt, dass die Beitragspflicht gemäss Art. 11 GAV sowie Anhang 2 durchgesetzt wird. Die Mitglieder der PBK werden regelmässig über die Tätigkeiten des Sekretariats informiert.
 - 2 Für die Erledigung allfälliger Differenzen aus diesem Reglement sind die PBK, die Paritätische Landeskommission sowie das Schiedsgericht gemäss Art. 7 GAV zuständig.
-

Anhang 3

Anschlussvertrag für Nichtverbandsfirmen gemäss Art 12 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV)

Die unterzeichnete Firma

Name _____

Art des Unternehmens: _____

Sitz der Firma (Ort, Kanton) _____

Strasse und Nr. _____

erklärt hiermit,

dass sie den vorstehenden GAV während der Geltungsdauer dieses Anschlussvertrages als für sie verbindlich anerkennt, ebenso mitgeteilte Beschlüsse und Entscheide der Vertragsinstanzen sowie allfällige mitgeteilte Vertragsänderungen.

Die Firma verpflichtet sich, den von der Paritätischen Berufskommission, nachstehend PBK genannt, beschlossenen und von ihr zu leistenden Unkostenbeitrag an die Vertragsgemeinschaft pünktlich zu entrichten und für das Einziehen wie für das Überweisen fälliger Unkostenbeiträge ihrer Arbeitnehmenden zu sorgen.

Dieser Anschlussvertrag kann sowohl von der Firma gegenüber den unterzeichneten Vertragspartnern wie von diesen gegenüber der Firma unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten mit eingeschriebenem Brief mit Wirkung auf den 31. Dezember gekündigt werden. Mit dem Ablauf des GAV erlischt ohne besondere Kündigung auch dieser Anschlussvertrag.

Ausgefertigt in vier Exemplaren, wovon je eines zuhanden der Firma und der unterzeichneten Vertragspartner, welche das vierte Exemplar der PBK zustellen.

..... (Ort), den (Datum)

Für die Firma:

Für die Arbeitnehmendenverbände:

.....

.....

Für den Autogewerbe-Verband der Schweiz
Sektion St. Gallen und beide Appenzell / Thurgau:

.....

Anhang 4

Anschlussklärung für den/die Arbeitnehmende(n) gemäss Art. 12 des Gesamtarbeitsvertrag (GAV)

Der unterzeichnete Arbeitnehmende

Name _____

Vorname _____

Geburtsdatum _____

Heimatort _____

Beruf _____

Strasse _____

Wohnort _____

Eingetreten am _____

in die Firma _____

in _____

erklärt hiermit,

dass er den Gesamtarbeitsvertrag für das Autogewerbe Ostschweiz, abgeschlossen zwischen den Autogewerbeverbänden der Sektionen Thurgau, St. Gallen und beider Appenzell sowie den Arbeitnehmerverbänden UNIA und SYNA, vom 18. Oktober 2011 sowie zukünftige Erneuerungen dieses Vertrages während der Geltungsdauer als rechtsgültig und für sich anerkennt. Ebenso akzeptiert er die Beschlüsse der im GAV umschriebenen Vertragsinstanzen und alle weiteren, auf den Vertragsinhalt Bezug nehmenden, Vereinbarungen der Vertragsparteien.

..... (Ort), den (Datum)

Der Arbeitnehmer:

..... (Unterschrift)

Anhang 5

Vereinbarung betreffend Mindestlöhne gemäss Art. 23 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV)

In Anwendung von Art. 23 GAV Autogewerbe Ostschweiz gelten folgende Mindestlöhne als vereinbart:

Art. 1 Mindestlöhne

1 Die Mindestlöhne betragen für alle Arbeitnehmenden auf der Monatsbasis ohne Einschluss des 13. Monatslohnes:

a. Automobiliagnostiker/-in FA	nach Diplom	CHF 5'200 / Mt.
	nach 1 Jahr Praxis	CHF 5'400 / Mt.
	nach 2 Jahren Praxis	CHF 5'600 / Mt.
	nach 3 Jahren Praxis	CHF 5'800 / Mt.
	nach 4 Jahren Praxis	CHF 6'000 / Mt.
b. Automobil-Mechatroniker/-in EFZ (eh. Automechaniker)	nach QV	CHF 4'200 / Mt.
	nach 5 Jahren Praxis	CHF 4'600 / Mt.
	nach 10 Jahren Praxis	CHF 5'200 / Mt.
c. Automobil-Fachmann/-frau EFZ (eh. Automonteur)	nach QV	CHF 3'800 / Mt.
	nach 5 Jahren Praxis	CHF 4'200 / Mt.
	nach 10 Jahren Praxis	CHF 4'800 / Mt.
d. Automobil-Assistent/-in EBA (eh. Servicemann / Fahrzeugwart)	nach QV	CHF 3'500 / Mt.
	nach 1 Jahr Praxis	CHF 3'600 / Mt.
	nach 2 Jahren Praxis	CHF 3'700 / Mt.
	nach 3 Jahren Praxis	CHF 3'800 / Mt.
	nach 4 Jahren Praxis	CHF 3'900 / Mt.
e. Hilfsarbeiter pro Jahr Branchenpraxis zusätzlich	Mindestlohn	CHF 3'200 / Mt.
		CHF 100 / Mt.

2 Die obigen Mindestlöhne können bei ungenügenden Leistungen oder bei nicht voller Leistungsfähigkeit unterschritten werden. Diese Abweichung ist schriftlich zu vereinbaren. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Angemessenheit des Lohnes kann die Paritätische Berufskommission PBK angerufen werden.

Art. 2 Inkrafttreten

Die in Art. 1 festgelegten Mindestlöhne gelten ab Allgemeinverbindlichkeitserklärung AVE durch den Bundesrat.

St.Gallen, den 18. Oktober 2011

Autogewerbe-Verband der Schweiz, Sektion St. Gallen und beider Appenzell

Thomas Schläpfer
Präsident

Thomas Gut
Vize-Präsident

Autogewerbe-Verband der Schweiz, Sektion Thurgau

Markus Germann
Präsident

Daniel Schleusser
Vize-Präsident

Gewerkschaft Unia

Renzo Ambrosetti
Co-Präsident

Corrado Pardini
Mitglied der Geschäftsleitung

Gewerkschaft Unia Region Ostschweiz-Graubünden

Thomas Wepf
Regionalsekretär

Heinz Herzog
Leiter Paritätische Kommissionen

Gewerkschaft Syna

Kurt Regotz
Präsident

Nicolo Tamburrino
Zentralsekretär

Gewerkschaft Syna Ostschweiz

Claudio Stefanelli
Regionalsekretär
